

Heinrich Schuster, Die Entwicklung des Rechtslebens, Verfassung und Verwaltung (der Stadt Wien) in Bd. 1. 2. der „Geschichte der Stadt Wien“, herausgegeben vom Alterthumsverein zu Wien. Wien 1897. 1900.

Das mittelalterliche Wiener Stadtrecht hat schon lange die Aufmerksamkeit der rechtsgeschichtlichen Forscher auf sich gezogen. Aber eine eigene Geschichte des Wiener Stadtrechts besaßen wir bisher noch nicht. Und doch werden die in neuerer Zeit so lebhaft geförderten stadtrechtsgeschichtlichen Forschungen nur dann zu einem erwünschten Ziele führen, wenn gründliche Einzeluntersuchungen den Gang der stadtrechtsgeschichtlichen Entwicklung in den bedeutenderen Städten anklären. Es ist darum mit Freude zu begrüßen, dass Schuster eine zusammenhängende eingehende Geschichte des Wiener Stadtrechts zu schreiben unternommen hat. Seine Legitimation zu solcher Arbeit hat der Verfasser bereits durch seine früheren Schriften dargethan, insbesondere durch seine Ausgabe des Wiener Stadtrechtsbuchs. Sein neues jetzt vorliegendes Werk bildet einen Theil der vom Alterthumsvereine zu Wien herausgegebenen „Geschichte der Stadt Wien“. Bis jetzt sind von dem Unternehmen zwei Bände herausgekommen, in denen die ersten beiden umfangreichen Abschnitte der Schuster'schen Arbeit vorliegen. Sie enthalten die Geschichte der Stadtrechtsquellen und des öffentlichen Rechts, der Stadtverfassung und der Stadtverwaltung in Wien. Die Darstellung von Privatrecht und Process ist den folgenden Bänden vorbehalten; das Strafrecht ist, wenigstens für die ältere Zeit, schon jetzt in Bd. 1 behandelt worden. Durchweg ist die Darstellung des Verfassers durch zuverlässige Gründlichkeit der Forschung und Reichhaltigkeit der Ergebnisse ausgezeichnet. In breiter und anschaulicher Fülle führt der Verfasser, dem Stoff der Quellen neues Leben gebend, die Entwicklung des Wiener städtischen Wesens dem Leser vor das Auge.

Die Darstellung im ersten Bande geht bis gegen das Ende des dreizehnten Jahrhunderts. Sie betrifft hauptsächlich die babenbergische Zeit. Hier handelt es sich um die Entstehung und erste Ausgestaltung der Wiener Stadtverfassung. Verf. geht mit Recht davon aus, dass die Grundlage des Wiener Stadtrechts wie des Stadtrechts überhaupt das Landrecht sei. Er glaubt deshalb die Marktrechtstheorie ablehnen zu müssen. Dagegen darf vielleicht erinnert werden, dass das Marktrecht nicht den Gegensatz, sondern einen Bestandtheil des Landrechts darstellt. Der Sinn der Marktrechtstheorie ist, das Stadtrecht aus dem Landrecht (dem Recht vom Königsbanne) abzuleiten. Auch in Wien liegt der Anfang der eigenthümlich stadtrechtlichen Entwicklung in dem Auftreten eines besonderen Stadtrichters und Stadtgerichts. Der Stadtrichter begegnet urkundlich schon 1192, also vor dem ältesten Privileg, als eine bereits bestehende Behörde. Das besondere Stadtgericht bedeutet das Bestehen eines besonderen Stadtrechts, und zwar nicht als blosse Folge des Stadtgerichts, sondern als

die bestimmende Ursache für die Entstehung eines Stadtgerichts. Das Wiener Stadtrecht wird in einer herzoglichen Urkunde von 1206 ausdrücklich als *ius fori nostri in civitate* von dem Landrecht, dem *ius in terra nostra*, unterschieden (Bd. I, S. 8). Die Ausscheidung der Stadt aus dem landgerichtlichen Verbande und damit die Entstehung des Stadtrechts wird auch in Wien mit dem Marktrecht in Zusammenhang zu bringen sein.

Die Entwicklung des Wiener Stadtrechts in seiner ersten Periode (bis gegen das Ende des 13. Jahrhunderts) beruht in der Hauptsache auf zwei Quellen: einerseits auf dem Gewohnheitsrecht, andererseits auf herzoglichen bzw. kaiserlichen Privilegien. Auf die Natur der stadtrechtlichen Privilegien fällt durch die Darstellung des Verf. neues Licht. Während aus der gewohnheitsrechtlichen Fortbildung des Stadtrechts (dem damaligen Wesen des Landrechts und folgeweise auch des Marktrechts entsprechend) grundsätzlich örtliches Recht hervorgeht, erscheinen die Privilegien als die Quelle bloss persönlicher Vorrechte für die Bürger. Die Privilegien sind wirklich als Privilegien, nicht als Gesetzgebung im heutigen Sinn gedacht. Sie erzeugen subjective Rechte bestimmter Personenklassen (der Bürger), nicht objectives Recht. Sie sind Begnadungen, nicht eigentlich Rechtsquelle. Sie stehen infolgedessen zu Handen des Machthabers, der das Privileg erteilte. Das Privileg bindet den Geber des Vorrechts nicht: es kann, gleich anderen Gnaden, vom Geber zurückgenommen und geändert werden. Das Privileg ist Willkür (Amtsrecht), nicht Recht im Rechtssinne. So sind denn auch die Privilegien des 13. Jahrhunderts wiederholt zurückgenommen und geändert worden. Das älteste schriftlich gegebene Privileg ist das Privileg des Herzogs Leopold VI. (1221). Ihm sind andere Privilegien von Kaiser Friedrich II. (1237), von Herzog Friedrich II. (1244), von Rudolf von Habsburg (1278?) gefolgt. Neben den Privilegien ist das Wiener Stadtrecht in dieser Zeit durch Beschlüsse und Weisthümer der Bürgerschaft (des Rathes) fortentwickelt worden, deren Rechtskraft für das Stadtgericht in den Privilegien beruht. Schon am Ende des 13. Jahrhunderts konnte das so reich ausgebildete Wiener Stadtrecht in einer schriftstellerischen Arbeit, dem Wiener Stadtrechtsbuch (zwischen 1278 und 1296), zu litterarischem Ausdruck gebracht werden.

Das Charakteristische der Stadtverfassung dieser ersten Zeit bis zum Ausgang des 13. Jahrhunderts ist die Herrschaft der Geschlechter über das städtische Wesen. Die Bürger der Stadt zerfallen in zwei Klassen: die Erbbürger (oder Ebürger) einerseits und die Handwerker andererseits. Auch die Handwerker sind Bürger und freie Leute. Sie nehmen am Stadtgericht als Urtheilfinder mit den Erbbürgern Antheil. Aber die Handwerker sind Bürger minderen Rechts. Sie sind von der Theilnahme an der Stadtverwaltung ausgeschlossen. Die Verwaltung ist allein in den Händen der Erbbürger, der *prudenciores, meliores*. Die Erbbürger sind die Kauffleute. Ausschliesslich aus ihren Reihen geht der Rath hervor. Sie sind es, *quorum consilio tota civitas regitur*

(Bd. I, S. 72). Sie beherrschen die Handwerker und versagen ihnen insbesondere das selbständige Einungsrecht. Der Adel des Landrechts (die Dienstmannen) gehört nicht zur Bürgerschaft. Die Kaufleute stellen einen städtischen Adel dar, dem Rittermäßigkeit und Lehnfähigkeit in den Privilegien gewährt wird. Wie den Handwerkern gegenüber, so macht auch dem ländlichen Adel und der Geistlichkeit gegenüber das städtische Patriciat sein Streben nach Alleinherrschaft in der Stadt geltend. Das bedeutet das gegen die Edelleute gerichtete Verbot der Mundmannschaft (Bd. I, S. 86) und das Verbot der Ueberweisung von Grundbesitz an Klöster (Bd. I, S. 87). In die Zeit der Geschlechterherrschaft fällt zugleich das Streben nach Reichsfreiheit. Wiederholt ist Wien (durch Kaiser Friedrich II. und Rudolf von Habsburg) im Besitz der Reichsunmittelbarkeit und folgeweise der vollen Landeshoheit gewesen. Aber immer nur vorübergehend. Die erste Periode des Wiener Stadtrechts schliesst mit der endgültigen Unterwerfung Wiens unter die herzogliche Gewalt durch Albrecht I. (1288). Mit der Handfeste Albrecht II. (1296) beginnt der zweite Abschnitt der Wiener Stadtrechtsgeschichte: die Geschichte Wiens als einer Stadt unter dem Landesherrn, als eines Theils von Oesterreich.

Die zweite Epoche des Wiener Stadtrechts als eines landstädtischen Rechts (14. und 15. Jahrhundert) hat Schuster im zweiten Bande dargestellt. Der 2. Band nimmt in besonderem Masse das Interesse des Rechtshistorikers in Anspruch. Hier wird zum ersten Male ein volles Bild der Stadtrechtsgeschichte innerhalb eines Territoriums gegeben. Das 14. und 15. Jahrhundert ist bis jetzt von den rechtsgeschichtlichen Forschern nur stiefmütterlich behandelt worden. Und doch liegen gerade in dieser zweiten Hälfte des Mittelalters die Anfänge der neueren Entwicklung. In dieser Zeit ist die Landeshoheit innerlich ausgebildet und damit die Grundlage unseres heutigen deutschen Staates geschaffen worden. Die Führung in der Schaffung eines neuen öffentlichen Rechts hat damals und noch geraume Zeit nachher bekanntlich Oesterreich besessen. Von um so grösserem Werth ist die Darstellung des Verf., welcher uns mit der Entwicklung des städtischen Rechts in Wien zugleich ein zuverlässiges Bild von der Ausbildung des werdenden Landesstaatsrechts giebt. In diesem zweiten Theil der Darstellung des Verf. scheint mir vor Allem der Werth seines neuen Werkes zu liegen.

Die Unterordnung der Stadt unter den Landesherrn kommt in der Macht des Herzogs nicht bloss über das Stadtgericht, sondern auch über den Stadtrath und damit über das gesammte Stadtrecht zum Ausdruck. Der Stadtrichter ist ein Beamter des Herzogs, wie er es schon früher gewesen war. Aber der Stadtrichter hat seit dem Albertinischen Privileg von 1296 Sitz und Stimme im Rath, und der Rath kann überhaupt seitdem nur mit Zustimmung des Herzogs ergänzt und gemindert werden. Die selbständige Macht des Rathes ist gebrochen. Demgemäss findet die Weiterentwicklung des Wiener Rechts grösstentheils durch herzogliche Verfügungen statt. Die landes-

herrliche Gesetzgebung neuerer Art tritt auf. Die herzoglichen Verfügungen geben sich aber nicht mehr lediglich in der Form gnadenmäßiger Verleihung von Privilegien und subjectiven Rechten. Sie verwandeln sich im Laufe des 14. Jahrhunderts, insbesondere seit Rudolf IV., in Gesetze im heutigen Sinne, allgemein gültige objectiv rechtliche Vorschriften von örtlicher Geltungskraft hervorbringend. Der Rath tritt mit selbständigen Beschlüssen nur noch in untergeordneten Angelegenheiten auf. Alle bedeutenderen Rathesbeschlüsse ergehen entweder auf Geheiss oder Erlaubniss des Herzogs oder in Gemeinschaft mit dem Herzog bzw. in Zusammenhang mit einer herzoglichen Verfügung. Die landesherrliche Gewalt wird die treibende Kraft auch für das Stadtrecht. Sie ist darauf gerichtet, die Sonderrechtsbildungen zu verdrängen und einheitliches Recht für die österreichischen Städte, ja zum Theil auch Rechtseinheit zwischen Stadt und Land hervorzubringen. Dem Landesinteresse muss die Besonderheit des Stadtrechts weichen. Gerade dadurch wirkt das Stadtrecht wiederum auf das Land. Nicht bloss dass im 14. und 15. Jahrhundert andere österreichische Städte mit Wiener Stadtrecht bewidmet werden. Auch in das Recht des platten Landes dringt Wiener Stadtrecht ein (Bd. 2, S. 16). Die Einordnung der Stadt in das Land bereitet das Recht der Zukunft vor: die Geltung bürgerlichen Rechtes auch auf dem Lande.

Mit der Selbständigkeit des Rathes hat die landesherrliche Gewalt zugleich die Macht der Geschlechter gebrochen. Es ist interessant, dass die Handwerker, auf denen der Druck der Geschlechterherrschaft ruhte, von vornherein im Bunde mit dem Landesherren auftreten. Es wird berichtet, dass sowohl 1276 als auch 1296 bei Belagerung der Stadt durch den Herzog die Handwerker für den Herzog waren und die Altbürger durch Drohungen zur Uebergabe der Stadt an den Herzog zu zwingen suchten (Bd. II, S. 2 Anm. 2). Die Handwerker waren nicht für die Reichsfreiheit der Stadt, d. h. für die Geschlechterherrschaft begeistert: sie waren für den Landesherren. Der Herzog war ihr natürlicher Bundesgenosse gegen die Patricier. So ist es denn auch am Ende des 14. Jahrhunderts zu den berühmten Reformen der Rathsverfassung durch die herzogliche Gewalt gekommen (1396): jährliche Wahl des Rathes und die Aufnahme von Handwerkern in den Rath ward vorgeschrieben (Bd. II, S. 22). Zugleich ward der ganzen Gemeinde, also auch der Handwerkerschaft das aktive Wahlrecht gegeben. Die ganze Gemeinde wählt den ganzen Rath und auch den Bürgermeister (Bd. II, S. 54). Verschwunden ist der Gegensatz zwischen den Geschlechtern und Handwerkern nicht. Die Zahl der Handwerker, die in den Rath und gar zum Bürgermeisteramt gelangten, ist gering. Die Patricier haben augenscheinlich ein starkes Uebergewicht behauptet (Bd. II, S. 83). Aber im Prinzip ist die Demokratisierung der Stadtverfassung durchgeführt. Seit 1396 gilt der Rechtsatz, dass Handwerker im Rathe sitzen müssen (Bd. II, S. 54). Gleichzeitig wird dem Herzog das Bestätigungsrecht für jeden einzelnen Ge-

wählten zugeschrieben, so dass die ganze Besetzung der Rathsstellen und des Bürgermeisteramtes seit 1396 unter landesherrlichem Einfluss steht. Der Untergang der Stadtfreiheit mittelalterlicher Art, welcher am Beginn des 16. Jahrhunderts für Wien endgültig eintritt, ist damit schon am Ende des 14. Jahrhunderts vorbereitet worden (Bd. II, S. 55). Die landesherrliche Gewalt ist auf dem Wege, den in sich einheitlichen Staat hervorzubringen, und mit dem Steigen der landesherrlichen Gewalt ist das Interesse der niederen Menge eng verbunden.

Neben diesen allgemeineren Gesichtspunkten ergiebt die Arbeit des Verfassers ausserordentlich werthvolle Ergebnisse für die ganze Stadtverwaltung, ihren Umfang, ihre Form und ihre Kraft. Bd. II, S. 27 ff. wird das Stadtbuchwesen in Wien, S. 65 ff. das Steuerwesen, S. 70 ff. die Gestaltung des Niederlagsrechts, S. 75. 76 das Jahrmarktswesen mit Mafs- und Gewichtswesen, S. 76 die Amortisationsgesetzgebung, S. 83 ff. das Zunftwesen behandelt. Von besonderem Interesse ist die eingehende Schilderung der Unterrichtsverwaltung S. 99 ff., des Gesindewesens S. 106 ff., der Bau-, Strafsen- und Feuerpolizei S. 109 ff., des Gästewesens S. 113 ff., der Armen- und Krankenpflege, der Bettelpolizei, des Medizinalwesens S. 118 ff., des Weinbaues S. 130 ff., des Rechts für Schifffahrt, Mühlenwesen und Fischerei S. 140 ff. Für alles dies muss auf das Werk selbst verwiesen werden.

Die Arbeit Schuster's ist von hervorragendem Werth nicht blofs für die Stadtrechtsgeschichte Wiens, sondern für die Stadtrechtsgeschichte überhaupt, und nicht bloss für die Stadtrechtsgeschichte, sondern zugleich für die Geschichte der Gesamtentwicklung des öffentlichen Rechts in der zweiten Hälfte des Mittelalters, durch welche die Grundlagen der Gegenwart geschaffen worden sind.

Leipzig.

Rudolph Sohm.

Das ältere Recht der Reichsstadt Rottweil. Mit geschichtlicher und sprachlicher Einleitung herausgegeben von Professor Dr. Greiner. Stuttgart 1900. 273 S.

Der Verf. hat sich in dankenswerthester Weise nicht nur auf eine Wiedergabe des Textes des Rottweiler Stadtrechtes beschränkt, sondern hat auch in umfangreichen historischen, sprachlichen und sachlichen Abhandlungen die Wichtigkeit nachgewiesen, die die Kenntniss des Rechtsbuches in Anspruch nimmt.

Die freie Reichsstadt Rottweil hatte bis zum Ausbau ihrer Verfassung drei Rechtsbücher. Das erste, das „alte rechtbuch“, ist wahrscheinlich bis 1315 in Gebrauch gewesen. Dass es vorhanden war, lässt sich nur aus den Citaten des zweiten Rechtsbuches entnehmen. Dieses, das sogenannte „Rothe Buch“, galt bis 1865 als verloren. Im Herbst des genannten Jahres wurde es durch Zufall von Birlinger gefunden. Es war in Geltung von Anfang des 14. bis Mitte des 16. Jahrhunderts. Die bisherigen Veröffentlichungen von Rottweiler Rechts-